



Amtsgericht Wuppertal

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Donnerstag, 23.07.2026, 11:00 Uhr,
2. Etage, Sitzungssaal A234, Eiland 2, 42103 Wuppertal**

folgender Grundbesitz:

**Teileigentumsgrundbuch von Barmen, Blatt 20915,
BV lfd. Nr. 1**

586/10.000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück

Gemarkung Barmen, Flur 165, Flurstück 27, Gebäude- und Freifläche,
Heckinghauser Straße 214, 216, Größe: 496 m²

Gemarkung Barmen, Flur 165, Flurstück 28, Gebäude- und Freifläche Linienstraße
4, Größe: 417 m²,

verbunden mit dem Sondereigentum an dem im Hause Heckinghauser Straße 216
im Erdgeschoss gelegenen Laden nebst 2 Lagerräumen im Kellergeschoss, im
Aufteilungsplan mit Nr. 3 bezeichnet,

versteigert werden.

Laut Gutachten: 2 Ladenlokale, bestehend aus Ladenfläche mit jeweils Büro/Lager,
Flur, WC, Nutzfläche gesamt ca. 123 m² (davon ca. 63 m² für Laden links und ca. 60
m² für Laden rechts), Baujahr vermutlich 1960, mit Sondernutzungsrecht (PKW
Stellplatz im Hof), beide Lokale sind vermietet zum Zeitpunkt der
Gutachtererstellung.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 09.10.2024
eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

109.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.